

Forum für Politik, Kultur und Wirtschaft

www.magazine-deutschland.de

Deutschland

D Nr.6/2006 Dezember/Januar € 2.70



Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007

Mit Beiträgen von:

José Manuel Barroso, Jean-Claude Juncker, Frank-Walter Steinmeier, Heidemarie Wieczorek-Zeul,
Gernot Erler, Günter Gloser, Klaus Töpfer, Adolf Muschg, Josef Janning

1957 BIS 2007: FÜNFZIG JAHRE RÖMISCHE VERTRÄGE DIE IDEE EUROPA

VON JOSEF JANNING Am 25. März 2007 jährt sich die Unterzeichnung der Römischen Verträge zum 50. Mal. Sie gelten als die „Geburtsurkunde“ der Europäischen Union. Aus dem Europa der sechs Gründerstaaten ist heute eine Gemeinschaft von 27 Ländern geworden, ein erfolgreiches Modell für regionale Kooperation und wirtschaftliche Entwicklung.

■ **Welche Weitsicht!** Aus der Perspektive der Globalisierung, der weltweiten Vernetzung von Wirtschaft und Gesellschaft, blickt Europa heute zurück auf die Fünfzigerjahre des letzten Jahrhunderts: Die Gründung eines gemeinsamen Marktes durch den Abschluss der Römischen Verträge im März 1957 erscheint heute visionär. Doch diese Erinnerung der Europäer wird geprägt vom Gefühl der Selbstverständlichkeit – es ist das „sozialpsychologische Missgeschick“, wie der Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld es genannt hat, dass Europas Erfolge konsumiert sind und keine neue Zustimmung mehr auszulösen vermögen.

■ **Das kühne Konzept** der Integration ist in der Banalität des Alltäglichen angekommen. Sicher verlangt es zuviel von Politikern, Journalisten und Bürgern, stets die Frage nach der Idee Europas mit zu bedenken, wo es doch um den dritten Absatz eines Paragraphen der Dienstleistungsrichtlinie oder die 45. Revision der Zuckermarktordnung geht.

Es fällt nicht leicht, den Wald zu erkennen, wenn man inmitten der Bäume steht. In dieser Lage steckt auch eine Chance, nämlich die der Wiederentdeckung Europas, jenseits der lorbeerbaumumstandenen Feierstundenlyrik, des Streichquartetts und Chorgesangs voll Freude schöner Götterfunken.

■ **Was wäre denn**, wenn es dieses Europa, wenn es diesen Vertragsschluss nie gegeben hätte? Es gäbe den Euro nicht und nicht die ganze Mühe, sich an die neue Währung, die Münzen und die Preise zu gewöhnen. Dafür gäbe es noch die Schublade mit den gesammelten Münzen und den inzwischen abgelaufenen Banknoten aus den Sommerurlaube der letzten 20 Jahre, es gäbe wahrscheinlich häufige Währungsturbulenzen, wohl mehr Inflation und eine höhere Staatsverschuldung. Wenn es die Europäische Union (EU) nicht gäbe, hätten wir auch den Binnenmarkt nicht, sondern würden uns wahrscheinlich über die kürzliche Abschaffung der Zollschranken freuen, aber mit einer Fülle von Hemmnissen leben, über die jeder Produzent von Waren und Dienstleistungen klagen würde – kurz, jede Volkswirtschaft würde nach dem Motto leben: So viel Export wie nur möglich, aber so viel Import wie gerade eben nötig. Vieles wäre teurer wegen der höheren Kosten und des Aufwandes im Handel, aber das würden wir oft nicht bemerken wegen der Schwankungen der zahlreichen Währungen. Es gäbe auch die Freizügigkeit der Menschen nicht. Wander- und Gastarbeiter würden von den Regierungen kontingentiert, die Anerkennung von Ausbildungs- und Hochschulabschlüssen anderswo wäre die Ausnahme, die ‚Floridaisierung‘ Spaniens ein Fremdwort, denn weder hätten britische, deutsche oder dänische Rentner ein Aufenthaltsrecht im Süden, noch könnten sie einfach so ihre Rente dorthin mitnehmen.

■ **Wenn es die Römischen Verträge** nie gegeben hätte, gäbe es auch keine Handelsmacht EU. Jeder würde für sich mit den Großen der Welt verhandeln und die paar Großen Europas bekämen

1957

In Rom unterzeichnen die sechs EGKS-Staaten die Verträge zur Gründung der **EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT (EWG)** und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom), die als die **RÖMISCHEN VERTRÄGE** bekannt geworden sind.

1958

Die Römischen Verträge treten in Kraft. Die Gemeinschaften EWG, Euratom und EGKS haben zwei gemeinsame Organe: den Gerichtshof und die Parlamentarische Versammlung. Sie hat zu diesem Zeitpunkt 142 Abgeordnete und nennt sich von 1962 an **EUROPÄISCHES PARLAMENT**.

1967

Aus Rat und Kommission, die bis dahin noch für jede der drei Gemeinschaften getrennt aufgetreten waren, werden **EINHEITLICHE ORGANE**.

1973

Die Europäische Gemeinschaft wächst von sechs auf neun Staaten: **DÄNEMARK, GROSSBRITANNIEN** und **IRLAND** treten ihr bei.

1979

Die Abgeordneten des **EUROPÄISCHEN PARLAMENTS** werden zum ersten Mal direkt gewählt.

1981

Die Gemeinschaft wird nach Süden erweitert: **GRIECHENLAND** wird Mitglied.

zu spüren, dass sie selbst relativ kleiner werden. Dafür könnten sie vielleicht noch auf ihre Nachbarn herabblicken, denn ohne Europa hätte es den Aufstieg Norditaliens, das Wirtschaftswunder in Irland und Spanien oder die wirtschaftliche Wende Finnlands wohl nicht gegeben. Ohne den Binnenmarkt hätten die Europäer auch dessen Wachstumseffekte nicht ernten können. Vielleicht wäre nicht einmal die demokratische Stabilität im Süden Europas zu halten gewesen, wenn sich die damals jungen neuen Demokratien Griechenland, Portugal und Spanien nicht hätten einordnen und festhalten können in ein System des ständigen Interessenausgleichs, der gemeinsamen Politik und des für alle geltenden Rechts.

■ **Ohne Europa gäbe** es keinen Grund, über die Fülle europäischer Rechtsvorschriften zu klagen, doch es bestünde auch kein vergleichbarer Rechtsschutz für Produzenten, Investoren, Händler oder Reisende. Es gäbe auch keine gemeinsame Sprache gegenüber Kon-

986



M
wird
den Ei
schaff
SPANI

1992

92

Durch den
Europäisch

sw
beit z
gliedsta
me Au
„Justi

Wenn es dieses Europa nicht gäbe, gäbe es auch das Vertrauen nicht, das durch Zusammenarbeit, gemeinsame Entscheidungen und gemeinsame Institutionen entsteht. Sicher bestünden auch ohne Europa gute oder sogar enge Beziehungen zwischen Nachbarn, doch wer glaubt, deutsche und französische Spitzenpolitiker würden sich alle sechs Wochen zu Arbeitsitzungen treffen, wenn es nicht um Interessen und Entscheidungen im EU-Rahmen ginge, der irrt gründlich. Ohne Europa würde nichts mit Mehrheit verabschiedet und vieles würde nie gemeinsam entschieden. Ohne Europa hätte es den Fall der Berliner Mauer auch geben können, obgleich man selbst daran zweifeln kann. Ganz sicher wären die jungen Demokratien nicht dort, wo sie heute stehen, vielleicht hätte es Rückschläge und Sonder-

■ Ohne Europa fehlte viel von dem, was unseren Alltag prägt, Wohlstand schafft und Sicherheit bewahrt. Wenn es also Europa nicht gäbe, so müsste es unverzüglich erfunden werden – doch würde es das? Würde unter den heutigen Bedingungen ein solcher Kraftakt noch einmal gelingen können, wo doch die Politikmüdigkeit groß, der Atem der Akteure kurz und die Symbolkraft der Nationalstaaten wiederaufge-

■ Die im März 1957 geschlossenen Römischen Verträge setzten sich zunächst die Bildung eines gemeinsamen Marktes zum Ziel. Die Wirkung dieses Ansatzes war nicht vorherzusehen, denn seine Dynamik entfaltete sich über die Jahre in den Phasen des Entstehens dieses Marktes, in der Abschaffung der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen, in der Vereinheitlichung des Außenzolls, in der Entwicklung eines europäischen Wettbewerbs- und Kartellrechts bis zum Binnenmarkt und seinen zahlreichen Folgefragen. Was in der Europawissenschaft als „spill-over“ bezeichnet wird, hier war es zu besichtigen: Die Abschaffung der Beschränkungen führte zu

95 *Die Gemein*
LAND, ÖST

1999

999

Der **EURO**
staaten ab

der
Kraft.
schen
bede

001

Mit dem **VE**
päische U

a
ropä
vor. **G**
Euro-



2003

003 *Der Konvent
legt einen*

004 Die OST-ER
land, Little
450
schafts
dami
29. C
una

picture-alliance/akg-images

2005



Im April werden die Beitrittsverträge mit **BULGARIEN** und **RUMÄNIEN** unterzeichnet. Am 29. Mai und 1. Juni stimmt die Bevölkerung in Frankreich und den Niederlanden gegen den Verfassungsvertrag. Die negativen Referenden lösen eine Reflexionsphase über die Zukunft der Union aus. Im Oktober nimmt die Europäische Union Beitrittsverhandlungen mit der **TÜRKEI** und **KROATIEN** auf.

2007



Deutschland übernimmt im ersten Halbjahr 2007 die **EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT**. **BULGARIEN** und **RUMÄNIEN** treten der Europäischen Union bei und erhöhen damit die Zahl der Mitgliedsländer auf 27. In **SLOWENIEN** wird der Euro eingeführt.

erst aus den Staaten der Efta, einem Freihandelsverbund, dann vonseiten der neuen Demokratien im Süden, dann wieder durch den Beitritt weiterer Efta-Staaten und schließlich in der Öffnung nach Osten und zum Balkan. Die Fragen der Reform und der politischen Ordnung der EU, die die europäische Politik heute bestimmen, sind direkte Konsequenz der Entfaltung des gemeinsamen Marktes und der Aufnahme neuer Mitglieder. Die heutige Krise, ausgelöst durch die beiden negativen Referenden zum Verfassungsvertrag, hat etwas von einer Wohlstandskrankheit. Sie ist das Ergebnis des großen Erfolgs und der Anziehungskraft der Europäischen Union, die Europa stark und seine Nationen selbstbewusst gemacht hat. Ohne diesen Erfolg hätte es des Verfassungsvertrages nicht bedurft, ohne die Verfassung jedoch steht der künftige Erfolg in Frage.

■ **Europas Politikern bleibt** zu tun, was sie seit Aushandlung der Römischen Verträge immer wieder zu tun hatten: einen anderen Weg, eine andere Strategie oder einen neuen Ansatz zu finden, wenn das Projekt der Integration in die Krise gerät. Wie die Bürger Europas auch tun sich die Europapolitiker schwer mit der Größe der heutigen EU, der Vielfalt der Interessen ihrer Mitglieder und

der Umständlichkeit ihrer Verfahren. Es gelingt bisher nicht, eine neue Balance zwischen groß und klein, reich und arm zu finden. Die Integration ist seit ihren Anfängen auch ein soziales Projekt, ein Interessenausgleich zwischen industriellem Wachstum und Freihandel auf der einen Seite und Einkommenssicherung und Entwicklung für die Landbevölkerung auf der anderen Seite. Seit ihren Anfängen haben die einkommensstarken Regionen der Gemeinschaft die einkommensschwächeren gestützt und vor allem zum Ausbau der Infrastrukturen im ländlichen Raum beigetragen. Auch dieses Bündnis ist in der EU der 27 in Bezug auf die heutigen sozialen Fragen neu zu bestimmen.

■ **In der Welt** zählt die Europäische Union zu den Akteuren mit weltpolitischem Potenzial. Doch Europa ist verletzlich; seine Lebensadern verlaufen weit jenseits seiner Grenzen und seine Nachbarschaft ist unruhig. Von den Migrationswellen aus Nordafrika im Südwest-

ten, dem Nahost-Konflikt, der Lage im Irak und im Iran, den Konflikten des Kaukasus und Zentralasiens reicht der Bogen der Herausforderungen bis nach Moskau und zu den nuklearen Hinterlassenschaften der Sowjetunion auf dem U-Boot-Friedhof bei Murmansk im Nordosten. Zunehmend wird Europa zum direkten Nachbarn dieser Konflikte sowie zum Adressaten der Wünsche und Forderungen anderer Staaten und Regionen.

■ **Die Interessen** und die Sicherheit Europas in dieser Welt zu wahren, die Verflechtung mit der Welt infolge der Globalisierung zu gestalten und das Gleichgewicht mit den anderen großen Mächten der internationalen Politik zu halten werden die nächsten Schritte der Europapolitik sein, an denen sich der Zusammenhalt der Europäer beweisen muss. Dazu bedarf es einer neuen Idee für Europa, die nicht weniger ambitioniert ausfallen sollte als die Gründungs-idee, einen gemeinsamen Markt zu schaffen.

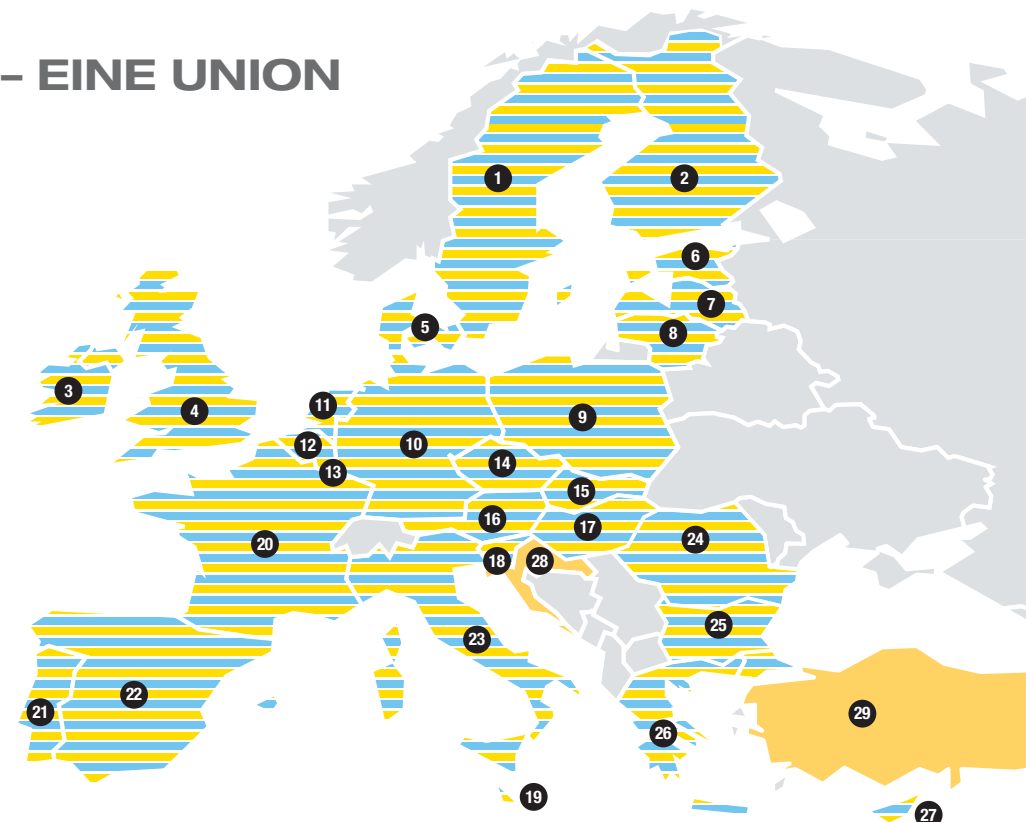


JOSEF JANNING GEHÖRT DER GESCHÄFTSLEITUNG DER BERTELSMANN STIFTUNG AN. DER POLITIKWISSENSCHAFTLER IST ZUDEM STELLVERTRETENDER DIREKTOR DES CENTRUMS FÜR ANGEWANDTE POLITIKFORSCHUNG (CAP) AN DER LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN.

Berlmann Stiftung

27 LÄNDER – EINE UNION

- | | |
|--------------------------|-------------------------------------|
| 1 Schweden | 20 Frankreich |
| 2 Finnland | 21 Portugal |
| 3 Irland | 22 Spanien |
| 4 Vereinigtes Königreich | 23 Italien |
| 5 Dänemark | 24 Rumänien |
| 6 Estland | 25 Bulgarien |
| 7 Lettland | 26 Griechenland |
| 8 Litauen | 27 Zypern |
| 9 Polen | |
| 10 Deutschland | Beitrittsverhandlungen aufgenommen: |
| 11 Niederlande | |
| 12 Belgien | |
| 13 Luxemburg | |
| 14 Tschechien | 28 Kroatien |
| 15 Slowakei | 29 Türkei |
| 16 Österreich | |
| 17 Ungarn | |
| 18 Slowenien | |
| 19 Malta | |



Der EU-Binnenmarkt Zahlen & Fakten

Der Begriff „Binnenmarkt“ bezeichnet einen Wirtschaftsraum ohne Grenzkontrollen und Zollschranken. Als Eckpfeiler des seit Januar 1993 bestehenden europäischen Binnenmarktes gelten die „Vier Freiheiten“ – der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Diese Freiheiten sind im Vertrag zur Gründung der EU festgeschrieben. Konkret bedeutet das für die Bürgerinnen und Bürger der EU, dass sie in allen Ländern der Union leben, arbeiten, studieren und ihren Geschäften nachgehen können. Die Einführung des Euro im Jahr 2002 war ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einem einheitlichen Markt.

Mit 27 Ländern und rund 480 Millionen Verbrauchern ist der europäische Binnenmarkt der größte Markt der Welt. Die Pluspunkte sind klar: Ohne die Zollschranken ist ein intensiverer Wettbewerb unter den Firmen und Dienstleistern der einzelnen Länder möglich – und das kann den Verbrauchern zugute kommen, in Form von einer größeren Auswahl, niedrigeren Preisen und auch im Verbraucherschutz.

Trotz seiner Erfolge ist der Binnenmarkt immer noch nicht vollendet. Da die EU nicht über ein gemeinsames Gesellschaftsrecht verfügt, muss der europäische Binnenmarkt über von allen Mitgliedern anerkannte Richtlinien reguliert werden. Darin besteht, gegenüber den ökonomischen Vorteilen, die größte Herausforderung des gemeinsamen Marktes.

WAS IST EIGENTLICH DIE EUROPÄISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT?

Der Begriff der Ratspräsidentschaft steht für den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (Ministerrat, siehe Seite 16), der alle sechs Monate auf ein anderes Mitgliedsland wechselt. Die Regierungsmitglieder des Landes, das die Präsidentschaft innehat, bestimmen während eines halben Jahres die europäische Tagesordnung und leiten die Sitzungen des Ministerrats. Zu den Aufgaben des Ratsvorsitzes gehören außerdem die Organisation und Vorsitzführung bei allen Treffen des Europäischen Rates, den so genannten „Gipfeltreffen“ der Staats- und Regierungschefs, und der dem Ministerrat zuarbeitenden Ausschüsse und Arbeitsgruppen sowie die Vertretung der EU in internationalen Organisationen und gegenüber Drittstaaten. Die Reform des Vorsitzes im Ministerrat ist eine viel diskutierte Frage, bei der es vor allem darum geht, wie die Arbeiten des Rates inhaltlich kontinuierlicher über einen längeren Zeitraum gestaltet werden können. Zum zwölften Mal seit 1958 übernimmt Deutschland am 1. Januar 2007 die EU-Ratspräsidentschaft, vom 1. Juli 2007 an folgt Portugal und in der ersten Jahreshälfte 2008 – als erster der am 1. Mai 2004 beigetretenen neuen Mitgliedstaaten – Slowenien.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH, EUROPA!

Im Jahr 2007 feiert Europa den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge, der „Geburtsurkunde“ der EU. In Berlin findet am Jahrestag, dem 25. März, ein Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs statt. In einer „Berliner Erklärung“ sollen die Ziele der EU bekräftigt werden. Welcher Ort wäre unter der deutschen Präsidentschaft besser geeignet, um die Zukunft der europäischen Einigung zu diskutieren? Schließlich gilt Berlin überall als ein Symbol für die Überwindung der Spaltung des Kontinents. Das Logo zum Jahrestag entwarf der polnische Designstudent Szymon Skrzypczak. Er gewann den ersten Preis eines Wettbewerbs der EU-Kommission.

